

Wohnraum, Mobilität und Infrastruktur für Hessen

Heute Beschäftigung und Wohlstand für das Hessen von morgen sichern

Die hessische SPD versteht sich seit jeher als Partei des infrastrukturellen Fortschritts und der Innovationen. Die soziale Aufrüstung des ländlichen Raums unter Georg-August Zinn oder die bundespolitischen Weichenstellungen unter Georg Leber waren und sind heute noch wesentliches Rückgrat gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Prosperität und Entwicklung in unserem Land.

Investitionen in Infrastruktur bringen Ertrag für Gesellschaft und Wirtschaft. In Zeiten des Umbruchs und der Veränderung, in Zeiten von demografischem Wandel und digitaler Transformation sind Investitionen und Innovationen für Arbeit und Wohlstand von morgen unverzichtbare Zukunftsaufgabe aller politischen Ebenen. Der im Oktober 2016 zwischen Bund und Ländern gefundene Kompromiss zur Neuregelung der föderalen Finanzbeziehungen gibt dem Land Hessen finanzielle Spielräume und Planungssicherheit, diese wichtigen Zukunftsinvestitionen zu leisten – den politischen Willen vorausgesetzt. Hier in Hessen bleibt die Politik der schwarz-grünen Landesregierung hinter diesem Anspruch auf Zukunftsgestaltung jedoch um Längen zurück. Sie verspielt Arbeit und Wohlstand von morgen. Hessen hinkt bei öffentlichen Investitionen deutlich hinterher – insbesondere in den Bereichen Wohnungs- und Straßenbau, beim öffentlichen Personennahverkehr und bei kommunalen Investitionen. Ohne neue Investitionen werden aber die Zukunftschancen unseres Landes verspielt. Wir als hessische Sozialdemokratie wollen heute den Boden bereiten für die Arbeit und den Wohlstand von morgen in unserem Land.

Eine zukünftige SPD-geführte Landesregierung wird deshalb:

1. einen Haushaltsschwerpunkt auf wichtige Straßen- und Schienenausbauprojekte legen und die Spar- und Blockadepolitik von Schwarz-Grün in diesem Bereich beenden.
2. bezahlbare Mobilität mittels Bus und Bahn stärker unterstützen und die ÖPNV-Angebote digital mit der gesamten Verkehrsinfrastruktur verknüpfen.
3. überall in Hessen für schnelles Internet sorgen, damit der ländliche Raum nicht digital abgehängt wird.
4. den Wohnungsmangel aktiv bekämpfen, statt nur die bereits vorhandenen Fördermittel des Bundes weiterzuleiten.
5. mittels einer „Internationalen Bauausstellung (IBA) Frankfurt/Rhein-Main“ neue Ansätze für die Verknüpfung von Wohnraumpolitik, Stadtplanung und innovativer Verkehrspolitik für den Ballungsraum nutzbar machen.
6. das Programm „Dorf- und Regionalentwicklung“ zu neuem Leben erwecken.
7. die hessischen Kommunen in ihrer Investitionsfähigkeit stärken.
8. die soziale Infrastruktur weiterentwickeln und Anbieter sozialer Innovationen unterstützen und fördern.
9. beim Infrastrukturausbau auf Tariftreue, Mitbestimmung und gerechte Finanzierung achten.

1. Straße und Schiene für die Mobilität von morgen

Für Hessen als Bundesland in der Mitte Deutschlands ist eine gute Verkehrsinfrastruktur wesentliches Rückgrat künftiger positiver wirtschaftlicher Entwicklung. Bei einem Sanierungsstau in der Verkehrsinfrastruktur Hessens von rund 4 Mrd. Euro allein im Bereich des Straßenbaus und einem Haushaltsansatz von aktuell lediglich 90 Mio. Euro p. a. für den Landesstraßenbau zeigt sich deutlich, dass Schwarz-Grün Hessen auf Verschleiß fährt. Eine deutliche Anhebung der jährlichen Investitionen in die Straßeninfrastruktur in Hessen ist nötig und geboten.

Wir wollen durch klare Vorgaben in der Landespolitik den Erhalt und die effiziente Nutzung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur sowie den Ausbau insbesondere der Schieneninfrastruktur im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main. Wir wollen den Zulaufstrecken in die hessischen Ballungsräume, der Förderung des innerstädtischen Radverkehrs im Rahmen der Nahmobilität und der Radschnellwege zwischen Zentren sowie der Vernetzung der Infrastrukturen der einzelnen Verkehrsträger einen besonderen Schwerpunkt einräumen.

Alle finanziellen Mittel sind jedoch ohne Sinn, wenn seitens des Landes die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Bau und die Sanierung von Straßeninfrastruktur systematisch abgebaut werden. Aufgrund von Personalkürzungen im Bereich der Straßen- und Verkehrsverwaltung können die notwendigen Planungsaufgaben des Landes nicht in ausreichendem Maß bewältigt werden und verzögern somit unnötig wichtige Infrastrukturinvestitionen. Wir brauchen ein Ende der Politik des personellen Aderlasses in der hessischen Straßenbauverwaltung.

Neben der leistungsfähigen Straßeninfrastruktur brauchen wir die Weiterentwicklung und den Ausbau der Schieneninfrastruktur in Hessen. Bei regionalen und überregionalen Schienenverkehrsprojekten beträgt der Investitionsstau für Erhalt bzw. Wiederherstellung der Schieneninfrastruktur sowie für neue Schieneninfrastruktur in Hessen knapp 6 Mrd. Euro. Die wichtigen Verkehrsprojekte in Hessen müssen hinsichtlich ihrer Planungen und Finanzierungen schneller vom Land in Absprache mit dem Bund abgestimmt werden. Gegebenenfalls ist eine Priorisierung der Maßnahmen, die unterschiedliche Planungsstände haben, über einen Landesentwicklungsplan vorzunehmen. Barrierefreie Zugänge zu Bahnhöfen sind landesseitig mit zu fördern.

Hessen muss in den nächsten Jahren mehr in seine Landesstraßen investieren und auch deutlich mehr Geld für Planungen bereitstellen, als es Schwarz-Grün derzeit vorsieht – so die einhellige Meinung von Gewerkschaften bis hin zu Arbeitgeberorganisationen in Hessen. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung guter wirtschaftlicher Entwicklung in unserem Land. Derzeit stehen für den Landesstraßenbau lediglich 90 Mio. Euro zur Verfügung. Der Planungsetat beträgt unter Schwarz-Grün lediglich 54 Mio. Euro, wovon viele Mittel insbesondere für die Vorbereitung der Investitionen des Bundes in die Fernstraßen fließen, während originäre Landesplanung kaum erfolgt. Der Bund zeigt dank sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung deutlich, was es bedeutet, wenn Infrastrukturerhalt und Investitionen in neue Verkehrsprojekte Priorität im Regierungshandeln eingeräumt bekommen. Unter Schwarz-Grün lebt Hessen dagegen von der Substanz.

CDU-geführte Landesregierungen haben mit ihrem eingeschlagenen finanzpolitischen Kurs dafür gesorgt, dass systematisch nach und nach die personellen Ressourcen zur Umsetzung von Infrastrukturinvestitionen in Hessen abgebaut wurden. Gleichzeitig steigen die Fremdvergaben für Planungsaufträge, weil eigenes Personal nicht in ausreichendem Maß vorhanden ist. Dies ist ein Armutszeugnis für jede Landesregierung, denn ohne handelnde Menschen gibt es keine Infrastrukturinvestitionen. Dieser Irrweg muss beendet werden. Der hessischen Straßenbauverwaltung müssen die Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, die zur Umsetzung der notwendigen Investitionen benötigt werden.

Viel zu lange haben CDU-geführte Landesregierungen die Notwendigkeiten für den Transport von Menschen und Gütern auf der Schiene vernachlässigt. Wichtige regionale und innerdeutsche Verbindungsstrecken führen durch Hessen und hinken in Realisierung und Umsetzung weit hinterher. Einzelne Investitionserfordernisse wurden unter CDU-geführten Landesregierungen sogar negiert. Hier besteht Handlungsbedarf. Gleichzeitig kann bei Themen wie Barrierefreiheit an Bahnhöfen nicht auf alleinige Investitionen seitens der Eigentümer gewartet werden, hier brauchen wir eigene aktivierende Ansätze, wie dies einige sozialdemokratisch regierte Bundesländer bereits tun, um Barrierefreiheit in Hessen an Bahnhöfen realisieren zu können.

Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:

- Dem Sanierungsstau in der Verkehrsinfrastruktur können wir nur in der Weise begegnen, dass die dafür vorgesehenen Finanzmittel des Landes deutlich erhöht werden. Dies gilt für den Straßenbau, die Anlagen und die Fahrzeuge des ÖPNV und insbesondere für die kommunale Verkehrsinfrastruktur.
- Die öffentliche Auftragsvergabe wird den sozialdemokratischen Anspruch nach guter Arbeit umsetzen.
- Die bei der Reform des Kommunalen Finanzausgleichs (KFA) unterlassene ausreichende Finanzausstattung der Kommunen für den Erhalt der Infrastruktur muss durch eine Novellierung des KFA korrigiert werden.
- Für die hessische SPD bleibt die Ausweitung der Lkw-Maut auf allen Straßen und auf den Linienfernbusverkehr notwendiges Mittel zur Finanzierung der Infrastrukturinvestitionen.
- Um auf dem aktuellen Stand der Dinge zu sein, bedarf es in Hessen eines regelmäßigen Mobilitäts- und Infrastrukturberichts, der auch die Investitionen und Abschreibungen einander gegenüberstellt.
- Öffentliche Infrastruktur wie beispielsweise Straßen- und Schienenverkehrswege sind und bleiben öffentliches Vermögen und Eigentum.
- Mit der Priorisierung der Straßenbaumaßnahmen nach „Wirtschaftlichkeit und Wichtigkeit“ wird gerade im Ländlichen Raum die „Verkehrssicherheit“ in den Hintergrund gedrängt. Wir werden der Verkehrssicherheit den angemessenen Stellenwert einräumen.

2. Bezahlbare Mobilität für alle – die Verkehrswende kommt nicht von alleine

Jahrzehntlang wurden Auto, Bus und Bahn, Rad- und Fußgängerverkehr einzeln betrachtet und geplant. Das hat Probleme geschaffen, statt sie zu lösen, und dafür gesorgt, dass Fernverkehr gegen Nahmobilität gestellt wurde, statt sie vernetzt zusammen zu denken und zu planen. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist in den Ballungsräumen und dem ländlichen Raum unverzichtbare Alternative zum eigenen Kfz. Dabei liegt unser Schwerpunkt auf bezahlbarer Mobilität für alle. Eine Landespolitik mit Gestaltungsanspruch ist in der Verantwortung mit eigenen, originären Landesmitteln den ÖPNV mitzufinanzieren. Erheblicher Investitionsbedarf kann nicht alleinige Aufgabe von Bund, Kommunen und Verkehrsverbänden sein.

Um die einzelnen Verkehrsträger sinnvoll miteinander kombinieren zu können, bedarf es einer intelligenten, digitalen Infrastruktur, die etwa Straße, Schiene, Carsharing und örtliche Fahrradangebote nutzerfreundlich, z. B. via Smartphone abrufbar, verknüpft und die aktuelle Verkehrslage in Echtzeit einbezieht. Dieser Zukunftsaufgabe hat sich eine verantwortliche Landespolitik in Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen Hessens zu stellen und sie zu unterstützen.

Die deutliche Aufstockung der Mittel für die Verkehrsinfrastruktur muss verbunden werden mit einer nachhaltigen Finanzierung des Angebots für den öffentlichen Verkehr. Dabei kommt der Nutzer- und der Nutznießerfinanzierung über weitere Solidarmodelle eine besondere Bedeutung zu. Die hessische SPD hat dabei den Anspruch, dass Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen bezahlbar ist und bleibt.

Hessen braucht ein integriertes Verkehrskonzept, das sowohl die demografischen Herausforderungen wie auch den prognostizierten Zuwachs im Güterverkehr berücksichtigt. Hierin müssen sowohl neue Antworten auf den innerstädtischen Verkehr als auch Konzepte zur Verkehrsvermeidung Berücksichtigung finden. Hessen muss Vorreiter in der Frage der Nutzung alternativer Antriebsformen aller Formen, wie z.B. der Elektromobilität (batterie- und brennstoffzellenbasiert) oder Wasserstoff als Treibstoff und deren Einsatz werden. Hierbei sind insbesondere die hessischen Standorte der Automobilindustrie aktiv mit einzubeziehen.

Ob in Ballungsräumen oder dem ländlichen Raum, ohne ein eigenes Kfz ist eine notwendige Mobilität aktuell nicht flächendeckend zu gewährleisten. Deswegen ist der Ausbau des ÖPNVs wichtige Aufgabe staatlichen Handelns. Das Delegieren von Verantwortung auf andere Ebenen und die Finanzierung allein aus Bundesmitteln oder Geldern der kommunalen Familie ist hingegen keine verantwortliche Politik für Hessen. Unser Ziel ist es, attraktive Angebote in Takt und Fahrpreis in der Fläche anbieten zu können, um Menschen, egal welchen Alters, Herkunft oder privater wirtschaftlicher Situation, Mobilität gewährleisten zu können.

Neben dem infrastrukturellen Rückgrat braucht es gezielte Investitionen in umweltfreundliche Technologien, um einen eigenverantwortlichen Beitrag zur ökologischen Verkehrswende seitens des Landes zu leisten.

Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:

- Wir werden mehr originäre Landesmittel für den Ausbau des ÖPNVs zur Verfügung stellen.
- Wir werden dabei einen Schwerpunkt auf die digitale Vernetzung der Verkehrsinfrastruktur legen, damit allen Verkehrsteilnehmern in jeder Verkehrssituation die für sie schnellste und günstigste Verbindung auch bei kombinierter Nutzung von Straße, Schiene, Rad- und Carsharing-Angeboten angezeigt werden kann.
- Um die einzelnen Verkehrsträger mit dem Zweck der Staureduzierung und effizienten Kapazitätsauslastung bei Straße, Schiene und Luftverkehr sowie im Bereich der Nahmobilität zu vernetzen, bedarf es einer intelligenten Infrastruktur mit einheitlichen Schnittstellen. Dazu gründet das Land Hessen das Kompetenzzentrum „Digitale Verkehrsinfrastruktur 2025“.

3. Hessen überall fit für die Digitalisierung machen – modernes Breitbandnetz für alle Hessen

Der flächendeckende Ausbau des Breitbandnetzes für schnelles Internet überall in Hessen ist unverzichtbar zur Zukunftssicherung unseres Landes. So realisieren wir den gerechten Internetzugang in allen Regionen unseres Landes und verhindern die digitale Spaltung von Stadt und Land. Um das Minimalziel des Breitbandausbaus von 50 Mbit/s bis 2018 zu erreichen und die Datengeschwindigkeit nach 2018 zukunftssicher zu erhöhen, ist der Einsatz originärer Landesmittel notwendig und dringend geboten. Seitens des Bundes zur Verfügung gestellte Mittel müssen effektiv eingesetzt werden. Die kommunale Familie leistet heute unverzichtbare Beiträge in diesem wesentlichen Feld der Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Sozialdemokratische Regierungen z. B. in Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen zeigen, wie aktiv die Weiterentwicklung der digitalen Infrastruktur gestaltet werden kann, wenn der politische Wille vorhanden ist.

Um die digitale Transformation in Wirtschaft und Gesellschaft bewältigen und aktiv gestalten zu können, bedarf es einer zukunftsfähigen Infrastruktur in Hessen. Modernes flächendeckendes Breitband ist heute unverzichtbar für die Wettbewerbsfähigkeit ganzer Regionen und Kreise. Als starkes Bundesland in der Mitte Europas mit den größten und wichtigsten Rechenzentren des Kontinents und mit international vernetzten Unternehmen und Banken braucht Hessen eine moderne, zukunftsfähige Infrastruktur, d. h. auch ein modernes und zukunftsfähiges Breitbandnetz. Die Versorgungsquote mit mindestens 100 Mbit/s in Hessen liegt lediglich bei 62,6 Prozent und damit unter dem Bundesdurchschnitt. Die Landesregierung verlässt sich weitgehend auf den marktgetriebenen Ausbau und vernachlässigt damit große Bereiche in Hessen. Hier sind gemeinsame Anstrengungen von Bund, Land und Kommunen notwendig, vor allem dort, wo der sogenannte marktgetriebene Ausbau versagt.

Die infrastrukturellen Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen unseres Landes würden sich ohne staatliches Eingreifen zunehmend vergrößern. Dieser Spaltung unseres Landes treten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entschieden entgegen. Eindrucksvoll zeigt insbesondere die kommunale Familie ihr Engagement für eine gute Infrastruktur von morgen. Die Bundespolitik ist unter sozialdemokratischer Mitverantwortung ihrer Rolle gerecht geworden und hat erhebliche Mittel für den flächendeckenden Breitbandausbau zur Verfügung gestellt. Originäre Landesmittel würden diese gesamtstaatliche Aufgabe komplettieren. Unter Schwarz-Grün ist hier bislang jedoch Fehlanzeige.

Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:

- Wir werden ergänzende Landesfördermittel für Bereiche in Hessen bereitstellen, in denen der marktgetriebene Ausbau des schnellen Internets versagt.
- Wir werden die Zusammenarbeit zwischen heimischen Unternehmen, Netzanbietern, Kommunen, Bund und Ländern beim Ausbau weiter verbessern.
- Wir werden ein Infrastrukturprogramm Breitbandausbau auflegen, mit dem Ziel, dass bis 2025 die Hälfte der Haushalte und Unternehmen mit einem Glasfaseranschluss versorgt sind.

4. Den Wohnungsmangel aktiv bekämpfen

In Hessen gibt es ein eklatantes Wohnraumdefizit gerade in den Ballungsgebieten. Aber auch der ländliche Raum hat einen erheblichen Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Eine verantwortliche Landespolitik stellt sich dieser Herausforderung und schafft Grundlagen für den Neubau dringend benötigter Wohnungen. Das Land ist gefordert, den öffentlich geförderten Wohnungsbau verstärkt zu unterstützen und jährlich mindestens 6.000 Wohnungen im ersten und zweiten Förderweg finanziell zu unterstützen. Die Barrierefreiheit – besonders wichtig angesichts des demografischen Wandels vor allem im ländlichen Raum –, das studentische Wohnen, gerade auch das mit Hilfe der Studierendenwerke, sowie Formen altersgerechten Wohnens bedürfen der Förderung seitens des Landes. Angesichts ökonomischer Rahmenbedingungen wie der derzeitigen Niedrigzinsphase ist wieder eine direkte Zuschuss statt der bislang praktizierten Darlehensvergabe notwendig.

In Hessen gibt es durch Versäumnisse von CDU-geführten Landesregierungen ein Wohnungsdefizit von über 65.000 Wohnungen. Laut Bedarfsprognose des Instituts Wohnen und Umwelt (IWU) müssen bis 2040 über 37.000 Wohnungen jährlich neu gebaut werden.

Dass in Hessen jetzt mehr Mittel zugunsten des öffentlich geförderten Wohnungsbaus zur Verfügung stehen, ist einzig dem Engagement der SPD auf Bundesebene zu verdanken: Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus gibt es keinen einzigen Euro aus Landesmitteln. Die 96,55 Mio. Euro, die CDU und Grüne ausgeben, sind bis zum letzten Cent Mittel, die Bundesbauministerin Hendricks an Hessen überweist. Der Beitrag der schwarz-grünen Landespolitik zur Bekämpfung des Wohnungsmangels besteht hingegen aus Rhetorik und PR. Substanzielle Veränderungen stehen immer noch aus. So bleibt Hessen hinter seinen Möglichkeiten zurück. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für alle – in allen Regionen unseres Landes. Besondere Wohnraumbedarfe wie altersgerechte Wohnen, die Barrierefreiheit und studentisches Wohnen gilt es, seitens der Landespolitik stärker in den Blick zu nehmen.

Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:

- Wir werden den Wohnungsbau zusätzlich zu den Mitteln des Bundes mit originären Landesmitteln ergänzen. Unser Ziel ist es, dass jährlich der Neubau von mindestens 6.000 Wohnungen mittels erstem und zweitem Förderweg finanziell unterstützt wird.
- Wir werden einen Schwerpunkt auf altersgerechten, barrierefreien Wohnraum und auf mehr bezahlbarem Wohnraum für Studierende legen.

5. „Internationale Bauausstellung (IBA) Frankfurt/Rhein-Main“ als Impuls für innovative Verkehrs- und Wohnprojekte aufs Gleis setzen

Rhein-Main ist das wirtschaftliche Herz Deutschlands. Wenn wir künftig eine Metropolregion für alle bauen wollen, müssen wir innovative Ideen entwickeln. Internationale Bauausstellungen (IBA) haben in Deutschland eine mehr als hundertjährige Tradition. Stets ging es darum, den Puls der Zeit zu spüren und Innovationen anzutreiben. So hat die IBA Hamburg Stadt und Region weiterentwickelt und Investitionen von rund 1 Mrd. Euro ausgelöst, davon 700 Mio. Euro private Mittel.

Eine IBA unterzieht moderne und teilweise experimentelle Projekte dem Praxistest und kann die städtebauliche Entwicklung mit wichtigen Impulsen voranbringen. Und eine IBA verändert eine Region langfristig positiv und hat zugleich immer Vorbildcharakter für andere Regionen.

Die Herausforderungen für die städtebauliche Entwicklung der Rhein-Main-Region liegen auf der Hand: Die größte ist sicherlich die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Der Gentrifizierung – das heißt der Verdrängung von Normal- und Geringverdienern durch Wohlhabende bei steigenden Mietpreisen – muss entschieden entgegengesteuert werden. Deshalb muss eine IBA für die Rhein-Main-Region eine besondere soziale Komponente haben: bei hohen Standards preisgünstig bauen und energetisch so innovativ sein, dass die sogenannte zweite Miete möglichst gering bleibt.

Eine IBA kann auch innovative Lösungsansätze für das Verkehrswachstum in Rhein-Main entwickeln: z. B., indem Carsharing, Radwege und öffentlicher Nahverkehr in einer Art und Weise verzahnt werden, dass nahezu allen Mobilitätsbedürfnissen entsprochen werden kann und trotzdem Ressourcen möglichst schonend verbraucht werden.

Eine IBA in der Rhein-Main-Region, deren wirtschaftliche Bedeutung weit über die eigentliche Region hinausgeht, muss sich auch dem Thema Zukunft der Arbeit widmen. Denkbar sind auch Projekte, um Arbeiten und Wohnen räumlich wieder anzunähern, gerade um Berufsverkehre zu reduzieren.

In Hessen könnten wir längst so weit sein, wenn die seit 1999 unter CDU-Führung regierenden Koalitionen etwas mehr Mut und vor allem etwas mehr visionäre Kraft aufgebracht hätten.

Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:

- Das Land Hessen soll bei der Entwicklung einer IBA Rhein-Main die Rolle eines Initiators, Mediators und Moderators einnehmen. Zur Vorbereitung einer Entscheidung wird eine Lenkungsgruppe eingesetzt, der Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, aus Verbänden und Körperschaften sowie Kommunen angehören.

6. Gleiche Bedingungen im ganzen Land – „Aufrüstung“ des ländlichen Raums 4.0

Der ländliche Raum in Hessen steht vor großen Herausforderungen. Themen wie demografischer Wandel und die digitale Transformation stellen aktive und aktivierende Politik vor Ort vor große Herausforderungen. Die Kreativität und das Engagement der Akteure vor Ort braucht die Unterstützung des Landes. Falsch ist daher die fortlaufende Unterfinanzierung des Bereichs „Dorf- und Regionalentwicklung“. Unverständlich ist, dass im vergangenen Jahr fast 40 % des Gesamtvolumens von fast 10 Mio. Euro nicht bewilligt wurden. Damit wird die Chance auf eine infrastrukturelle Aufwertung des ländlichen Raums vertan.

Schwarz-Grün macht Politik zulasten des ländlichen Raums. Mittel für Programme zur Vitalisierung und Attraktivitätssteigerung im ländlichen Raum fehlen gänzlich. Bestehende Programme werden unzureichend finanziert, die vorhandenen Mittel nur zu einem Bruchteil bewilligt. So wird die infrastrukturelle Entwicklung im ländlichen Raum vernachlässigt, der ländliche Raum abgehängt. Dieser Entwicklung stellt sich die hessische SPD mit Vehemenz entgegen. Die politischen Akteure vor Ort brauchen gute finanzielle Rahmenbedingungen, um gemeinsam mit der Bürgerschaft aktiv gestalten zu können. In der Tradition von Georg-August Zinn bekräftigt die SPD Hessen ihren Anspruch auf die Aktivierung des ländlichen Raums. Demografischer Wandel und die Digitalisierung können, geschickt genutzt, zur Chance des ländlichen Raums werden.

Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:

- Wir werden das Programm „Dorf- und Regionalentwicklung“ zu neuem Leben erwecken, besser ausstatten und dafür sorgen, dass die dafür eingestellten Mittel auch tatsächlich abgerufen und bewilligt werden.
- Die für die Förderung von privaten Maßnahmen drastisch heraufgesetzte Bagatellgrenze von 3.000 auf 10.000 Euro muss zurückgeführt werden.
- Staatliche Einrichtungen sind nicht weiter aus dem Ländlichen Raum abzuziehen. Im Gegenteil, ist angesichts der Nachwuchsgewinnungsprobleme die Verlagerung von zentralen Aufgaben in den Ländlichen Raum eine Zukunftsaufgabe.
- Die aus dem Ländlichen Raum gelieferten Ressourcen sind angemessen zu bezahlen.

7. Kommunen in ihrer Entwicklung stärken und unterstützen

Hessen hat in den vergangenen Jahren einen dramatischen Rückgang bei kommunalen Investitionen zu verzeichnen. Statt Kommunen in ihrer Nachfrage zu unterstützen und auskömmlich finanziell auszustatten, setzt die derzeitige Landesregierung alles daran, dass vor Ort den Bürgerinnen und Bürgern immer weniger Leistung bei gleichzeitig steigenden Steuern und Gebühren angeboten wird. Selbst im Jahr 2010 lag die Investitionsquote deutlich unter den Werten der frühen 1990er-Jahre, obwohl 2010 der größte Anteil der Konjunkturfördermittel aus Bund und Land den Kommunen für Investitionen zur Verfügung standen. Gerade heute gilt es, die Rahmenbedingungen von Arbeit und Leben in der Zukunft zu gestalten. Hierzu brauchen die hessischen Gemeinden, Städte und Landkreise genügend finanzielle Mittel, um ihre kommunale Investitionstätigkeit in ausreichendem Maß umsetzen zu können.

Statt den Rückgang kommunaler Investitionen in Hessen aktiv zu stoppen, hat die schwarz-grüne Landesregierung durch Unterfinanzierung der Kommunen die dramatische Verschlechterung zu einem Großteil mitverursacht. In den vergangenen drei Jahren erreichten die kommunalen Investitionen mit 1,4 bzw. 1,5 Mrd. Euro die niedrigsten Werte seit Mitte der 1990er-Jahre, als sie umgerechnet noch rund 2 Mrd. Euro betragen. Lag die kommunale Investitionsquote im Jahr 1994 noch bei knapp 1,2 %, so ist nach 20 Jahren eine Halbierung auf 0,6 % auszumachen. Hessen hat jetzt im Vergleich der Bundesländer die drittschlechteste Investitionsquote. Die Investitionsquote des Landes hat damit einen historischen Tiefpunkt erreicht. Mit einem Wert von 243 Euro pro Kopf liegt Hessen bei den kommunalen Investitionen weit unter dem westdeutschen Durchschnittsniveau von 303 Euro.

Insbesondere finanzschwache Kommunen ohne ausgeglichene Haushalte können nur schwer wichtige Investitionen tätigen. Es besteht dort die Gefahr der Verfestigung der Schulden in einer Abwärtsspirale, die eine immer marodere Infrastruktur zur Folge hat. Landespolitik muss Kommunen aktiv unterstützen, statt die Ursachen für diese Entwicklung zu verstärken.

Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:

- Wir werden zu einem gerechten kommunalen Finanzausgleich zurückkehren, der den Akteuren vor Ort die Möglichkeit für dringend notwendige Investitionen und Infrastrukturprojekte wieder gibt.

8. Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur durch eine soziale Innovationspolitik

Moderne Infrastruktur braucht innovative Ansätze. Die bisher praktizierte Innovationspolitik in Deutschland und in Hessen geht von einem rein technischen Innovationsverständnis aus, das soziale Innovationen außen vor lässt. Beispiele für solche von unten gewachsenen sozialen Innovationen gibt es zahlreich. Zu ihnen zählen Bürgerbusse und organisierte Mitfahrgelegenheiten als Ergänzung zum ÖPNV genauso wie Mittagstischangebote für Seniorinnen und Senioren oder sonstige Angebote des Beisammenseins für alleinlebende ältere Menschen. Aber auch Repaircafés oder Kleinreparaturdienste wie „Rentner helfen Rentnern“, Grüne Damen im Krankenhaus, Zeittausch- und Ehrenamtsbörsen sind Initiativen zur gegenseitigen Alltagshilfe. Viele von ihnen stehen in der Tradition der organisierten Selbsthilfe der Arbeiterbewegung, aus der etwa die Arbeiterwohlfahrt hervorgegangen ist.

Soziale Innovationen bieten neue Wege, gesellschaftliche Probleme zu lösen. Soziale Infrastruktur zu organisieren ist seit jeher Ansporn und Antrieb der Sozialdemokratie. Um die unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteure zu unterstützen, braucht es im Rahmen der Gründungs- und Wachstumsförderung Instrumente – genauso wie es sie für „normale“ Start-ups gibt. Initiativen der Bundes-SPD hierzu werden ausdrücklich unterstützt und begrüßt. Hier braucht es kooperative Landesförderung, um gemeinsam eine zukunftsfähige soziale Infrastruktur in Hessen entwickeln zu können.

In den letzten Jahren hat sich vor allem in den Großstädten eine junge, vitale Szene etabliert, die sozial orientiert ist und mit unternehmerischen Mitteln soziale Probleme löst – aber kaum staatliche Unterstützung bekommt. Sozialdemokratisches Ziel muss es sein, ein neues Miteinander von traditionellen Wohlfahrtsorganisationen und der neuen Bewegung von Sozialinnovatoren zu erreichen. Beide Formen können sich gut im Sozialstaat ergänzen. Dabei werden wir jedoch strikt darauf achten, dass ehrenamtliches Engagement nicht als Ausfallbürge für öffentliche Einsparmaßnahmen erhalten muss, wie dies im Rahmen der Kürzungsprogramme unter früheren CDU-Landesregierungen der Fall war.

Um sich in Sicherheit und bei gleichen Lebensbedingungen frei entfalten zu können, brauchen Menschen eine intakte, gut funktionierende soziale Infrastruktur. Innovationen sind für die SPD nicht nur technologische Neuerungen, die sich am Markt durchsetzen, sondern auch soziale Innovationen in den unterschiedlichsten Lebensbereichen.

Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:

- Wir werden neue Ideen und Initiativen, die auf gegenseitiger Selbsthilfe und Solidarität fußen, finanziell fördern und unbürokratisch unterstützen. Wir werden vorbildlichen Projekten aus der Fläche zu mehr Bekanntheit verhelfen, um ihre Verbreitung zu fördern.

9. Infrastrukturinvestitionen erfordern Tarifbindung, Mitbestimmung und einen handlungsfähigen Staat

Eine hochwertige Infrastruktur ist eine zentrale Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Ansiedlung von Unternehmen. Bei allen öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur ist darauf zu achten, dass faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten gewährleistet werden. Tarifbindung und Mitbestimmung müssen hierfür ausgeweitet werden. Zudem müssen prekäre Beschäftigungen, wie Leiharbeit, Minijobs, Werkverträge und Befristungen vermieden werden. Eine hohe Qualität der Infrastruktur erfordert eine hohe Qualität der Arbeit. Das gilt für alle Infrastrukturbereiche, sei es Verkehr, Digitalisierung, Wohnen und Bauen.

Das von Schwarz-Grün verabschiedete Tariftreue- und Vergabegesetz ist völlig unzureichend, um Lohndumping und inhumane Arbeitsbedingungen zu vermeiden. Auch die Wirtschaftsförderung von Schwarz-Grün trägt nicht dazu bei, einen ruinösen Wettbewerb zu Lasten der Beschäftigten zu verhindern.

Das werden wir in Regierungsverantwortung anders machen:

- Die SPD setzt sich für eine Reform des Tariftreue- und Vergabegesetzes ein. Und sie wird die Wirtschaftsförderung an soziale Kriterien knüpfen.
- Investitionen in den Erhalt, Aus- und Umbau der Infrastruktur sind vorrangig eine staatliche Aufgabe. Projekte in öffentlich-privater Partnerschaft (ÖPP) als Alternative zu öffentlicher Finanzierung werden daher strikt abgelehnt.
- Auf der Bundesebene wird sich die SPD dafür einsetzen, dass eine Privatisierung der – im Rahmen des Bund-Länder-Finanzausgleichs vereinbarten – Infrastrukturgesellschaft verboten wird. Wir halten eine solche Gesellschaft für nicht erforderlich. Mindestens muss aber die Unveräußerlichkeit der zu gründenden Infrastrukturgesellschaft grundgesetzlich verankert werden. Die SPD setzt sich dafür ein, dass die hessische Landesregierung von der „Opt-Out“-Möglichkeit Gebrauch zu machen. Das heißt, dass die Bundesfernstraßen weiterhin von Hessenmobil geplant werden müssen. Bei dem Übergang in die Infrastrukturgesellschaft muss die soziale Absicherung der Beschäftigten tarifvertraglich geregelt werden. Zudem müssen die Interessen der Beschäftigten hinsichtlich des Status sowie der Arbeitsplatz- und Standortsicherung beachtet werden.
- Darüber hinaus wird sich die SPD auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass der Vorrang eigenwirtschaftlicher Verkehre aus dem Personenbeförderungsgesetzes gestrichen wird.
- Auf der Ebene der Europäischen Union wird sich die hessische SPD gegen den fortlaufenden Deregulierungs- und Liberalisierungsdruck einsetzen. Ziel ist es hierbei, auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene soziale und ökologische Standards zu sichern. Die SPD setzt sich dafür ein, dass europaweit Tariftreue Regelungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gelten.
- Die Bereitstellung von Infrastruktur erfordert einen handlungsfähigen Staat, der über genügend Einnahmen verfügt, um öffentliche Investitionen tätigen zu können. Daher setzt sich die SPD Hessen für eine umfassendes Steuerreformkonzept im Sinne sozialer Steuer-

gerechtigkeit ein, zu dem unter anderem eine reformierte Erbschaftssteuer, die Wiedereinführung der Vermögensteuer und die Weiterentwicklung der Gewerbe- zu einer Gemeindegewerbesteuer gehören können.